

erhofft sich Madelin deswegen von dem letzteren Typus von Sozialismus, einem „Sozialismus von unten“ (Le Monde, 28. 12. 82). Oder wie es der Historiker René Rémond ausdrückte: „Im Namen der Prinzipien der sozialistischen Linken selbst (Autonomie, Pluralismus, Selbstbestimmung) läßt sich die Unterstützung des privaten Schulwesens durch den Staat rechtfertigen“ (La Croix, 16. 1. 83).

### Mehr privat als religiös?

Aber auch die Haltung der anderen Seite läßt Fragen offen. So hat es den Anschein, als sei der Schulstreit über weite Strecken weniger ein Streit um die „religiöse“ Schule als ein Streit um die „private“ Schule, was u. U. kein minder gewichtiges, aber doch ein anderes Anliegen ist. Nicht wenige derjenigen, die sich lautstark für den Erhalt der katholischen Schule aussprechen, setzen sich einfach für eine Schule ein, die manche Mängel der öffentlichen Schule nicht hat: Hier kann man sich die Lehrer mehr als anderswo aussuchen; das Engagement der Lehrer ist größer als anderswo; die Schulen selbst sind zumeist kleiner, überschaubarer; der persönliche Kontakt zwischen Eltern und Lehrern wird mehr gepflegt u. a. m. Nach Madelin sind aber immerhin 80 Prozent der Eltern, die ihre Kinder auf katholische Schulen schicken, selbst keine praktizierenden Katholiken. Gerade weil im Schulstreit immer wieder die *spezifische Eigenart der katholischen Schule* herausgestrichen wird, stellt sich die Frage, ob diese Identität eigentlich wirklich so deutlich ist. Allgemeine gesellschaftliche Wünsche nach einem privaten Schulwesen können für die Kirche ein zusätzliches Argument sein, sie reichen aber als Motivation nicht aus für die Erhaltung des eigenen Schulwesens.

Bis es zu einer Lösung kommt, wird es von beiden Seiten noch einigen guten Willen brauchen. Als Hindernisse dürften sich dabei Feindbilder erweisen, wie sie hier und da wieder aufkommen: das Feindbild von einem Sozialismus, der jede Gelegenheit nutzt, um Religion und Kirche aus dem öffentlichen Leben hinauszudrängen, oder das von der Kirche, die die Freiheit in Staat und Gesellschaft bedroht. Dabei wird es für die Vertreter des kirchlichen Schulwesens darauf ankommen, sich nicht in eine

unnötige Defensivposition hineinzumanövrieren. Ein bloßes Verharren auf dem Status quo könnte ihr leicht als bloße Besitzstandswahrung ausgelegt werden.

K. N.

## England: Anglikanischer Kernwaffenkompromiß

Die Generalsynode der Church of England hat sich auf ihrer Februartagung mit entscheidender Drei-zu-eins-Mehrheit gegen einen einseitigen Kernwaffenverzicht Großbritanniens ausgesprochen. Die Grundlage der viereinhalbstündigen Debatte der Synode bildete die umstrittene, von ihrer pazifistisch dominierten Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Bischofs von Salisbury, *John Austin Baker*, erstellte Studie „The Church and the Bomb“ (Nuclear Weapons and Christian Conscience, Verlag Hodder and Stoughton, London 1982; vgl. HK, November 1982, 569). Das Votum – 338 gegen 100 Stimmen – entspricht in etwa der in der letzten Umfrage zum Ausdruck kommenden Meinungsbildung in der Gesamtbevölkerung. Die Synodendebatte bildete den Höhepunkt einer sehr breiten Publikumsdiskussion um den unabhängigen britischen Kernwaffenbesitz, die durch den Salisbury-Report im letzten Herbst in Gang kam und die zweifellos auch den nächsten britischen Wahlkampf beherrschen wird. Die Synode erwies dabei wieder einmal die traditionelle anglikanische Fähigkeit, diametral entgegengesetzte Positionen zu vertreten.

### Keine Mehrheit für Unilateralisten

In etwa der anglikanischen theologischen „Mittelstellung“ zwischen Rom, Wittenberg, Genf, Zürich und den orthodoxen Patriarchaten entsprechend, bekannte sich die Synode mit 275 gegen 222 Stimmen zu einem Kompromiß in der Abrüstungsfrage, der ein generelles Verbot des Ersteinsatzes von Kernwaffen in jeder Form seitens aller Staaten einschließlich des NATO-Bündnisses fordert und damit

ein Kernprinzip der NATO-Strategie verwirft, die den „First-strike“-Vorbehalt in Anbetracht der großen sowjetischen Übermacht in konventionellen Waffen als einziges abschreckendes Mittel für den Fall eines drohenden Angriffs vorsieht. Dieses Prinzip aufzugeben, bedeutet aus der Sicht der NATO, das Element der Ungewißheit, das dem Gegner in etwaigen Angriffsplänen Einhalt gebieten soll, zu verringern. Der Bischof von Birmingham, *Hugh Montefiore*, der sich mit dieser gegen „Unilateralisten“ und „Multilateralisten“ gerichteten „dritten Lösung“ durchsetzte, sagte, daß damit wirksam den Gefahren der Erpressung durch Kernwaffenbesitz wie auch der nuklearen Aggression begegnet werden könne.

Die Abschreckung ist die *positive Verpflichtung des Staates*, und dieses Prinzip gelte von Polizisten bis zur Atomwaffe. Wie könne die nukleare Abschreckung jedoch moralisch gerechtfertigt werden? Um glaubhaft zu sein, muß die Bereitschaft zur Verwendung bestehen, aber die Verwendung wäre katastrophal und unmoralisch. Wenn die Abschreckung jedoch wirksam sei, wäre die Verwendung nicht erforderlich. Was nicht zu rechtfertigen sei, sagte Bischof Montefiore, sei der Ersteinsatz von Kernwaffen, also auch der sogenannten konventionellen Schlachtfeldwaffen (Boden-Boden-Raketen, nukleare Artilleriegeschosse, nukleare Boden-Luft-Raketen, atomare Sprengmunition, Neutronenbomben usw.), um die Rückschlagskraft eines Gegners zu beseitigen. Das sei moralisch nicht zu rechtfertigen, weil dann die Hölle auf Erden entfesselt würde, auch seien einige Kernwaffen auf diesem Wege eines Präventivschlages nicht unschädlich zu machen. Auf den Einwurf des Bischofs von

London, *Graham Leonard*, wie Montefiore denn als Befehlshaber im Schlachtfeld angesichts eines drohenden sowjetischen Angriffs handeln würde, erwiderte dieser unter Gelächter, daß das nicht seine Aufgabe sei. Leonard, der das multilaterale Abrüstungsanliegen vertrat, sagte, daß Kernwaffen nicht durch „Abschwörung“ beseitigt, d. h. „unerfunden“ werden könnten. Er warnte vor einer Verstrickung der kirchlichen Vertreter in Fragen, die ihnen nicht in allen technischen Einzelheiten bekannt seien und die den Entscheidungen treffenden Politikern überlassen werden sollten. Die Kirche müsse sich vor der Identifizierung mit dem einen oder anderen politischen Lager hüten, aber auch vor der Verkündigung moralischer Imperative, die der mangelnden Vollkommenheit einer von der Erbsünde behafteten Menschheit ungenügend Rechnung trügen.

Der Erzbischof von Canterbury, *Robert Runcie*, der in der Generalsynode als primus inter pares fungiert, wie auch Bischof Montefiore distanzieren sich eindeutig von den Forderungen der Unilateralisten. Hiroshima wäre nicht passiert, sagte Montefiore, wenn auch die Japaner die Atombombe gehabt hätten. Wenn Großbritannien auf seine 4% des westlichen Atomarsenals verzichte, würde ein solches „gutes Beispiel“ bestimmt nicht zur Nachahmung anregen. Es sei *moralisch inkonsequent*, sagte Erzbischof Runcie, die Kernwaffen zu verdammen, es aber für annehmbar zu halten, daß ein kernwaffenfreies Großbritannien sich unter den amerikanischen Atomschirm stelle. Runcie war in seinen letzten Stellungnahmen einer vom christlichen Gewissen diktierten Ablehnung der Kernwaffen nahegekommen. („Ich bin überzeugt“, hatte er erklärt, „daß ein totaler Kernwaffenkrieg niemals als gerechter Krieg gewertet werden kann.“) Damit schien er zwar den Kernwaffenbesitz, nicht aber die Kernwaffenverwendung zu rechtfertigen. In der Synodendebatte bezog er die *pragmatische Position*, daß Großbritanniens einseitiger Verzicht auf Kernwaffen die Genfer Abrüstungsverhandlungen erschweren würde, ohne andererseits exempla-

risch zu wirken. Den Unilateralismus könne er daher nicht als „besten Ausdruck der christlichen moralischen Hauptverpflichtung, Friedensstifter zu sein“, akzeptieren. Die Synodenteilnehmer fügten sich seiner Meinung, daß es traumatische Auswirkungen auf das NATO-Bündnis haben würde, wenn Großbritannien sich „stufenweise aus der aktiven Verbindung mit Kernwaffen jeglicher Art lösen“ würde, wie das in der Resolution des Bischofs von Salisbury gefordert wurde. Das Wort des Primas war für die Synode nicht Befehl, wohl aber eine gewichtige Empfehlung, die in diesem Fall aber nur halb akzeptiert wurde.

Der von der Synode bezogenen Position kann, wie der „Guardian“ kommentierte, nur eine bedingte Gültigkeit beigemessen werden. Die Anglikaner wollen dem Multilateralismus eine Chance in den Genfer Verhandlungen geben. Solange Russen und Amerikaner dort ernsthaft verhandeln wollen, will man den „Unilateralismus“ zurückstellen. Sollte es in Genf aber ein Fiasko geben, dürfte die Church of England auf die Warnung des Bischofs von Salisbury, daß das *Gleichgewicht des Kernwaffenschreckens* nicht mehr die ausgeglichene Kraft ist, die seit fast vierzig Jahren war, zurückkommen. Die Debatte ist somit nicht zu Ende.

### Die Generalsynode als Katalysator

Die Generalsynode der Church of England wurde vor 12 Jahren ins Leben gerufen, um der Staatskirche mehr Unabhängigkeit zu verleihen, als das alte Kirchenparlament (Church Assembly) hatte. Die Synode bildet eine 550 Mitglieder umfassende, dreimal im Jahr vereint tagende Körperschaft – etwa 250 Laien, 250 Kleriker und 50 Bischöfe – die nach gemeinsamer Debatte das Recht auf separate Abstimmungen haben. Im Falle der Kernwaffendebatte wurde von diesem Recht kein Gebrauch gemacht.

Die parlamentarische Form der Synode, deren (unparteiischer) Vorsitzender (Bischof *Sheppard* von Liverpool) wie der „Speaker“ des Unterhauses

von Beisitzern unterstützt wird, die verfassungsrechtliche Experten sind, ist in der Art, in der sie ihre Debatten führt, der *britischen politischen Tradition eng verpflichtet*. Vom Unterhaus und anderen Volksvertretungen unterscheidet sich die Synode jedoch durch einen eher ruhigen, abgewogenen, gelockerten Debattierstil. Hämische Zwischenrufe sind verpönt, Temperamentsausbrüche, wie Applaus von der Publikungsgalerie des „Church House“ in Westminster werden vom Vorsitzenden gerügt.

Die Synode trägt der sehr unklaren Stellung der Church of England Rechnung, die sich praktisch, wenn auch nicht verfassungsrechtlich von der staatlichen Vormundschaft befreit hat. Die Königin ist noch „oberste Lenkerin“, aber nicht „Oberhaupt“. Die gewählten Volksvertreter haben oberste Entscheidungsgewalt – die Synode selbst verdankt ihnen ja ihr Entstehen. Sie ist jedoch einzigartig in der ihr verbliebenen gesetzlichen Gewalt, die heute generell nur mehr der *formellen Billigung* durch das Parlament und der verfassungsrechtlich erforderlichen „königlichen Zustimmung“ bedarf. Außer ihrer legislativen Funktion hat die Synode Untersuchungsberichte, wie den umstrittenen „The Church and the Bomb“, beauftragt und sich den Ruf einer Körperschaft erworben, die ihre neuere praktische Unabhängigkeit vom Staat und zumal von einer konservativen Regierung eifersüchtig wahrt.

Die 190 Seiten lange Studie über die Atomrüstung, die zum Bestseller geworden ist, hatte vor allem durch ihren Anschein einer amtlichen kirchlichen Stellungnahme und ihre „an die Regierungen“ gerichteten Empfehlungen, die die Argumente der Atomgegnerbewegung (CND) verwendet, Aufsehen und Ablehnung ausgelöst. Die Autoren der Studie, die sich im übrigen durchaus um eine differenzierte Argumentation bemüht, hatten darin u. a. erklärt, daß „die Russen keinen Krieg wollen“ und die sowjetische Strategie nicht unbedingt „aggressive Absichten“ hätte, sondern sich nur gegen die westliche „Bedrohung“ wehren würde. Die Verteidigungspolitik

der NATO dagegen wurde als „Machtspiel“ ohne ethische Anliegen beschrieben. Ein *Kernwaffenverbot* wurde als erste und dringlichste Maßnahme zur Beseitigung des Krieges schlechthin gefordert.

### Neues Gleichgewicht?

Die von Premierminister *Margaret Thatcher* geförderte Ernennung von *Graham Leonard* zum Bischof von London, dem dritthöchsten Amt in der anglikanischen Hierarchie (nach Canterbury und York), war eindeutig dazu bestimmt, dem zumal unter den 43 Diözesanbischöfen *spürbaren Linkstrend* in den anglikanischen Stellungnahmen

zur Sozial- und Verteidigungspolitik zu begegnen. Nicht zuletzt, weil die Staatskirche noch unter dem alten Ruf leidet, die „konservative Partei in Gebetsstellung“ gewesen zu sein, sind viele ihrer heutigen Vertreter, zumal im jüngeren Episkopat bemüht, das Gegenteil zu erweisen. Das Votum aus dem „Church House“ hat immerhin dafür gesorgt, die Kirche von dem ihr neuerdings zugeschriebenen Ruf zu befreien, nicht mehr als „ein frommes Anhängsel der Atomgegnerbewegung“ zu sein. Einer Umfrage eines kommerziellen Fernsehprogramms zufolge, bekennen sich Klerus und Bischöfe mehr als die Laien Linksansichten zu. Ein Viertel der Bischöfe

bekennen sich als „Unilateralisten“, ein weiteres Viertel gab an, den Atomgegnern nahezustehen, die Pfarrer waren zur Hälfte für den einseitigen Verzicht auf britische Kernwaffen.

Die *politische Bedeutung des Synodenvotums* hängt natürlich eng mit der der Staatskirche noch verbleibenden moralischen Autorität zusammen, wenn gleich die Zahl ihrer Gläubigen zurückgegangen ist. Die sonntäglichen Kirchgänger werden auf 1 200 000 geschätzt, was bedeutet, daß sie von den katholischen Messegängern – die katholische Kirche in Großbritannien wird auf eine 10prozentige Minderheit geschätzt – bereits weit überflügelt wurde. R. H.

## Zwischen Reaktion und Revision

### Die Sowjetunion nach dem Machtwechsel

Als am Morgen des 10. November 1982 der seit etwa sechs bis acht Jahren kränkelnde sowjetische Partei- und Staatschef *Leonid I. Breschnew* schließlich doch eher unerwartet starb, da wählte das in aller Eile zusammengetretene Politbüro in geheimer Abstimmung den ehemaligen KGB-Chef (1967–82) *Jurij W. Andropow* zum Nachfolger. Die Wahl wurde vom außerordentlichen Plenum des Zentralkomitees zwei Tage später bestätigt.

In dem immer noch nicht konsequent institutionalisierten Sowjetregime bedeutet jede Nachfolge eine potentielle Krise. Hinzu kam die seit Reagans Amtsantritt so schwierige Beziehung zu den USA im Äußern und zunehmende Symptome einer möglichen Krise im Innern. Unter diesen Umständen muß die Person des Nachfolgers – eine offenbar sehr starke Persönlichkeit – ganz besonderes Interesse erregen. Was ist von einer nun womöglich anbrechenden „Ära Andropow“ zu erwarten?

### Breschnews Erbe: Von der Stabilität zur Stagnation

Jeder Nachfolger im Kreml begann zunächst einmal mit einer *Reaktion auf die Politik seines Vorgängers*. Will man die „objektiven“ Faktoren beurteilen, die Andropows Prioritäten, Probleme und Handlungsspielraum bedingen, ist eine Rückbesinnung auf die Leistungen und Fehlleistungen der Ära Breschnew angebracht. Die eigentliche Leistung des eher nüchternen Manager-Regimes Breschnews war die Stabilisierung, ja weitere Institutionalisierung des Sowjetregimes. Doch der Preis dieses vor allem auf bürokratischem Interessenausgleich basierenden Regimes war *zunehmende Stagnation* im Innern, das Hinauszögern großer Entscheidungen und nötiger Reformen,

mit dem Ergebnis, daß mittlerweile (wie ein ungarischer Ökonom meint), das weitere Vertagen von Reformen noch riskanter geworden sein könnte als deren Inangriffnahme (Neue Zürcher Zeitung, 24. 7. 82). Hinzu kommt, daß in den Reihen der Partei selbst die Frustrationen der jüngeren, fachlich gebildeteren Funktionäre sich angestaut haben dürften, die sich in ihren weiteren Aufstiegschancen blockiert sahen, der Preis der Politik der „Stabilität der Kader“. 70% der Mitglieder traten der Partei erst nach 1953 bei, aber unter denen, die einen führenden Posten bekleiden, sind von ihnen weniger als 20 Prozent zu finden (vgl. Times, 20. 11. 82). 1964, unter dem Eindruck Chruschtschowschen „Voluntarismus“, „Subjektivismus“ und der dauernden personellen Versetzungen, sehnten sich die „Kader“ vor allem nach Ruhe und Regularität; heute dürfte die Stimmung eine andere sein – und das könnte nötige Reformpläne begünstigen.

Im Bereich der *Außenpolitik* war das Breschnew-Regime zunächst, bis etwa Mitte der siebziger Jahre, immens erfolgreich: SALT (1972) bescheinigte ihm die strategische und implizit die politische Parität; die KSZE-Konferenz von Helsinki (1975) sollte die Legitimität der sowjetischen Stellung in Osteuropa vertraglich verbrieft – in der Praxis bereits ein weniger eindeutiger Erfolg. Doch die sowjetische Diplomatie hat schon oft dazu geneigt, gerade dann, wenn ihre Position am günstigsten erscheint, am wenigsten klug vorzugehen. Angesichts des offenbaren amerikanischen „Willensverlustes“ (Rückzug aus Vietnam 1973, Haltung des Kongresses angesichts des angolesischen Bürger- und Stellvertreterkriegs Ende 1974, Hinnahme der Besetzung Südvietnams durch den Norden 1975 und womöglich auch die Wahl des „libera-